



MALTE RIETH

Zwischen USA und China: Deutsche Wirtschaft wetterfest machen

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Selbst wenn darüber diskutiert werden kann, ob die jüngste Abwertung des chinesischen Renminbi gegenüber dem US-Dollar Manipulation oder eine überfällige Anpassung an Marktkräfte war, dürfte kaum fraglich sein, dass der Zeitpunkt nicht zufällig war. Sie erfolgte nur einige Tage, nachdem der US-Präsident weitere Zölle auf chinesische Importe angekündigt hatte. Die Regierung in Peking hat den Handels- damit zu einem Währungskonflikt ausgeweitet.

Bereits seit rund zwei Jahren spürt die Weltwirtschaft die Auswirkungen des Streits der Großmächte. Unternehmen zeigen sich rund um den Globus zunehmend verunsichert und agieren zurückhaltend. Die Dynamik der Industrie verliert vielerorts an Schwung, und deutsche Exporteure sind aufgrund ihrer kapitalgüterorientierten Produktpalette hiervon besonders betroffen. Die jüngsten Außenhandelszahlen sind ein eindrückliches Zeichen. Die deutschen Exporte in den Rest der Welt brachen im Juni 2019 im Vergleich zum Vorjahresmonat um acht Prozent ein.

Leider ist keine Entspannung zu erwarten – eher im Gegenteil. Die Abwertung trifft deutsche Exporteure direkt. Sie verteuert ihre Produkte im Vergleich zu chinesischen – und amerikanischen, denn der Dollar hat gegenüber dem Euro ebenfalls abgewertet. Hinzu kommt, dass neben chinesischen Importen Autos und Autoteile einen Großteil des US-Handelsbilanzdefizits ausmachen. Es scheint daher nur noch eine Frage der Zeit, bis europäische Unternehmen mit US-Zöllen belegt werden, da die US-Wirtschaft weiter rund läuft. Die Konjunktur in Deutschland und Europa schwächelt hingegen. Eine weitere Abkühlung der Weltkonjunktur dürfte schmerzhaft werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die EZB im Gegensatz zur Fed weniger Spielraum hat, da die Leitzinsen im Euroraum bereits bei null liegen.

Wenn die Geldpolitik keine Schützenhilfe leisten kann, dann vielleicht die Finanz- und Handelspolitik. Abfedern ließe sich eine Schwächephase der Weltkonjunktur durch eine höhere inländische Nachfrage. Die Reallöhne haben nach einem Jahr-

zehnt der Zurückhaltung trotz einer allmählichen Beschleunigung immer noch Spielraum nach oben. Dies würde auch die Inflation im Euroraum anheben und könnte helfen, die lange Phase der Nullzinsen zu beenden. Eine weitere Hilfestellung könnten öffentliche Investitionen leisten. Besonders im Bereich Bildung, Wohnungsbau und Umweltschutz haben diese einen stimulierenden Effekt auf die private Investitionstätigkeit, wie eine aktuelle Studie des DIW Berlin zeigt.

Wenn ein Teil der zusätzlichen Nachfrage ins Ausland abfließen würde, wäre dies nicht schlimm – im Gegenteil. Da unsere Nachbarn unsere wichtigsten Handelspartner sind, würde deren Konjunktur profitieren. Im Euroraum könnten die Effekte der zusätzlichen staatlichen Nachfrage aktuell sogar größer sein als in normalen Zeiten, da finanzpolitische Stimuli in Nullzinsphasen wohl noch stärker wirken. Die öffentliche Hand würde bei einer Kreditaufnahme zudem von den historisch niedrigen Zinsen profitieren.

Im Hinblick auf die Handelspolitik können Deutschland und Europa von der bisherigen Entwicklung der US-Konflikte lernen. Neue Handelsabkommen haben die Konditionen für Kanada, Mexiko oder Südkorea verschlechtert, denn wirtschaftliche Größe bedeutet Verhandlungsmacht. In dem Fall zugunsten der USA. Im Konflikt mit China stehen sich aber zwei gleich große Wirtschaftsblöcke gegenüber, und bisher ist nicht abzusehen, wer nachgeben wird. Hätte Trump das Trans-Pacific-Partnership-Abkommen unterzeichnet und sich mit der EU geeinigt, würde er die Standards der halben Weltproduktion gegenüber China vertreten – und hätte damit mehr Verhandlungsmacht.

Deutschlands Interesse ist der Schutz der heimischen Arbeitsplätze im Automobilssektor. Um im aufziehenden transatlantischen Gewitter gehört zu werden, braucht es die Stimme der Europäischen Union. Zugeständnisse an unsere Partner an anderer Stelle, etwa bei einer europäischen Investitionsagenda, dürften daher ebenfalls eine rentable Anlage in die Wetterfestigkeit der deutschen Wirtschaft sein.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 14. August 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Nils May (1. Bericht); Dr. Simon Junker (2. Bericht)

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kempfner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter